

Prof. Dr. András Inotai schreibt über

Überhöhtes Defizitverfahren der EU gegen Ungarn eingestellt: Eine kritische Analyse

Aufgrund der Empfehlung der Europäischen Kommission Ende Mai wurde Ungarn nach neun Jahren, also seit dem Moment des Beitritts zur EU, am 20. Juni aus dem überhöhten Defizitverfahren (excessive deficit procedure) entlassen. In der Tat konnte die ungarische Regierung das Haushaltsdefizit 2012 unter 3 Prozent des BSP senken und hat ein glaubwürdiges Programm für die Einhaltung dieses nominalen Kriteriums auch in diesem und im nächsten Jahr vorgestellt.

Ministerpräsident Orbán hat damit seine Wirtschaftspolitik bestätigt gesehen. Gleich liess er einen wichtigen Etappensieg in dem seit drei Jahren angekündigten und bis heute ununterbrochen weitergeführten wirtschaftlichen Freiheitskampf gegen den Internationalen Währungsfonds, multinationale Unternehmen, Banken und nicht zuletzt gegen die Europäische Union feiern, also gegen allerlei "Ausbeuter des ungarischen Volkes".

Erfolge kosten aber ihren Preis, und insbesondere, wenn die Erfüllung eines Kriteriums aus dem wirtschaftlichen, sozialen und teils politischen Gesamtfeld herausgerissen wird, das in allen Ländern durch tief verwurzelte gegenseitige Abhängigkeiten gekennzeichnet ist. Erstens hat die einseitige und rein macht- und wahlpolitisch (im nächsten Jahr gibt es Parlamentswahlen in Ungarn) begründete Fokussierung auf die Defizitreduzierung seit drei Jahren praktisch mehrere potentielle Wachstumsfaktoren getötet. Andere Wachstumselemente sind dem grundsätzlichen Verlust an Vertrauen potentieller ungarischer und ausländischer Investoren zum Opfer gefallen. So liegt die Wirtschaftsleistung immer noch etwa 6 Prozent unter dem Vorkrisenstand von 2008. Die Investitionen sind auf ein Rekordminimum von 16 Prozent des BSP zurückgefallen, so dass sie heute nicht einmal die Amortisationskosten decken können. Von den versprochenen neuen Beschäftigungsmöglichkeiten wurde bis heute

nichts erfüllt (wenn man von den mehr als 150.000 neuen Arbeitsmöglichkeiten für meist junge, mobile und gut gebildete Ungarn im Ausland absieht). Zweitens haben die sozialen und einkommensbezogenen Ungleichgewichte – teils infolge der grundfalschen Einkommens- und Steuerpolitik der Regierung – ein mit früheren Perioden nicht vergleichbares Mass erreicht. Drittens, und als kritischstes Element für zukünftiges nachhaltiges Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der ungarischen Wirtschaft wurden die Investitionen im Bereich der erweiterten Reproduzierung des Humankapitals, wie Unterricht, Forschung und Entwicklung, sowie Gesundheitswesen radikal zurückgeschnitten, um das erwünschte Defizitziel kurzfristig zu erreichen.

Weitere Zweifel kommen auf, wenn man über die Nachhaltigkeit des niedrigen Haushaltsdefizits nachdenkt. Einmal wurde das Defizitziel nicht durch Wachstum und Investition, sondern mittels einseitiger und brutaler Einschnitte erreicht. Auch wenn die Finanzierungskosten der hohen Auslandsschulden vorübergehend niedriger ausfallen würden, kann eine schrumpfende oder bestenfalls stagnierende Wirtschaft das notwendige Geld auch für die Finanzierung niedrigerer Zinsen nicht aufbringen. Zum anderen sind die Reserven der am Anfang der Orbán-Regierungszeit erfolgten „Bolschewisierung“ der privaten Rentenkasse (etwa 11 Mrd. Euro oder 11 Prozent des BSP) kaum mehr vorhanden. Noch wichtiger ist jedoch für die Zukunft, dass sich die Mehreinnahmen aus Steuererhöhungen ergeben, die ohne jegliche Konsultation mit den betroffenen – meist ausländischen – Firmen im Banken-, Energie-, Telekommunikations- und Einzelhandelssektor in Kraft gesetzt wurden. Die einseitigen, oft blitzschnell eingeführten und wiederholten Steuermassnahmen haben einerseits die Rechtssicherheit untergraben. Andererseits verstossen die die Haushaltseinnahmen erhöhenden Massnahmen in mehreren Bereichen gegen die grundlegenden Wettbewerbsregeln der EU. Mehrere Prozesse sind bereits im Gange, denen ein Ausgang mit hohen Finanzstrafen droht. Ihre Gesamtsumme kann nicht nur die Nachhaltigkeit der gegenwaertigen Haushaltspolitik gefaehrden, sondern der ganzen ungarischen Wirtschaft schwere und langfristige Schaeden zufügen.

Schliesslich soll unterstrichen werden, dass es keine Verbindung zwischen der vorübergehenden und höchst kostspieligen Reduzierung des Haushaltsdefizits und des seit laengerer Zeit mit Recht kritisierten Demokratiedefizits gibt. Gegen das Demokratiedefizit hat die Regierung nichts unternommen. Im Gegenteil steigt es ununterbrochen - Tag für Tag.

Budapest, den 26. Juni 2013

András INOTAI

Prof. Dr. András Inotai, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des *FORUM OST-WEST*, war von 1991 bis 2011 Direktor des Instituts für Weltwirtschaft, gegenwaertig Forschungsprofessor am selben Institut. Professor am College of Europe Brügge und Warschau. Veröffentlichungen über globale Krise und Krisenbewaeltigung, europäische Integration, vergleichende Transformationsforschung in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, Beziehungen zwischen der EU und den neuen Mitgliedstaaten sowie über die Westbalkan-Region.